

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Ercheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der E. Meißner Buchdruckerei, Jahnstr. 2, Ennsbürg, in der Vertheilungsgesellschaft D. Straß in Neuenbürg.

Nr. 126.

Neuenbürg, Donnerstag den 3. Juni 1920.

78. Jahrgang

Deutschland.

München, 2. Juni. In der gestrigen Sitzung des Finanzsausschusses wurde die Regierungsvorlage angenommen, wonach der zur Fortführung der Rhein-Kanalisation genehmigte Kredit von 75 Millionen auf die Vorkosten einer Großschiffahrtstrasse von Wertheim bis Nürnberg und den Ausbau der Donau von Regensburg bis Regensburg und von Passau bis zur Reichsgrenze einschließlich Wasserkräftausnutzung ausgedehnt wird. — Ebenso wurde ein Antrag (Bayerische Volkspartei) angenommen, drei Millionen für Propaganda zu verwenden.

Bonn, 1. Juni. Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat einen Bericht über die neuen Sittlichkeitsverbrechen der farbigen Truppen im Rheinland an den Reichsdelegierten der Klärung in Bonn eingereicht, worin zwei Fälle von Vergewaltigung von 11- und 13jährigen Arabern und dem Vergewaltigungsversuch an einem 19jährigen Mädchen ausführlich dargestellt werden. Der Oberpräsident hebt hervor, daß angesichts der außerordentlichen Erregung unter der Bevölkerung wegen dieser Verbrechen die Verantwortung über die Folgen, die sich daraus ergeben, abnehmen müsse, falls die vorerwähnten Dienststellen nicht gewillt sind, derartige Verfassungsverstöße für die Zukunft mit aller Energie zu verhindern. Die Fälle bieten einen neuen Beweis dafür, wie untragbar die Anwesenheit der farbigen Truppen für die Bevölkerung der Rheinlande ist und wie es mit der von General Degoutte in seinem bekannten Tagesbefehl an die Senegalbrigade betonten Sittlichkeit der schwarzen Truppen bestellt ist.

Berlin, 2. Juni. In der „Kreuzzeitung“ wird die Möglichkeit behauptet, daß die Volkswirtschaften Russlands und das deutsche Reich bedroht. Im auswärtigen Ausschuss des bayerischen Landtags habe der Vertreter der Regierung mitgeteilt, daß die Reichsregierung etwas authentisches nicht wisse, hingegen die Frage eines bolschewistischen Angriffs mit einem Optimismus betrachte, den die bayerische Regierung nicht teile. Man tue in Deutschland jedenfalls gut, mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Volkswirtschaften vordrängen und an der Ostgrenze nicht zu zweifeln, daß die Verbindung eines russischen Angriffs und deutscher Wut im Ruhrgebiet oder in Mitteldeutschland den Sieg des Bolschewismus in Ost- und Mittel-Europa endgültig herbeiführt. Bis jetzt sei aber kein Anlaß zur Nervosität gegeben, von wirklich großen Erfolgen der Sowjetregierung sei keine Rede.

Berlin, 1. Juni. Anlässlich einer Veranstaltung der demokratischen Parteien in Magdeburg hielt Oberreichsanwalt Baumgarten, einer der Referenten des Reichsgerichts, denen die Strafverfolgung am Rapp-Busch Beteiligten obliegt, eine Rede, in der er hervorhob, daß die Beteiligung der Reichsparteien am Rapp-Busch aus dem Befehlen unzulässig fehlerhaft sei.

Berlin, 2. Juni. Die deutschen Lebensversicherungsvereine verhandeln mit dem Reichsaufsichtsamt um dessen Genehmigung zur Erhöhung der Prämien wegen der Steigerung der Ankosten.

Die Papiergeldflut.

Die die Papiergeldflut steigt, zeigt folgender Uebersicht des deutschen Notenumlaufs. Er betrug in Milliarden Mark am 30. Juni 1914 rund 2 1/2, 1. Januar 1915 rund 5, 1. Januar 1916 rund 7 1/2, 1. Januar 1917 rund 8, 1. Januar 1918 rund 11 1/2, 1. Januar 1919 rund 56, 1. April 1920 rund 10 und Mitte Mai rund 65. Pro Kopf der Bevölkerung betrug der Notenumlauf im Juni 1914 rund 30 M., im September 1918 rund 340 M., heute gegen 1000 M. Auf der anderen Seite sehen wir die Gelddeckung inwieweit sinken: Bei Kriegsbeginn betrug sie 55, Anfang 1920 3 und heute ganze 1 1/2 %.

Ausland.

Wien, 2. Juni. „Daily Mail“ meldet: Von deutschen Schiffswerften sind noch 50 000 Tonnen Kriegs- und Handelsmaterial abgeliefert.

Wien, 1. Juni. Oesterreich macht wieder eine schwere Koalitionskrise durch. Der christlich-sozialen Wiefanzler Jint halle auf dem Vorarlberger Parteitag den Antrag, ihn aus der Regierung abzurufen. Andererseits dürfte auch Staatskanzler Renner nach den Beschlüssen des Reichsarbeiterrats kaum mehr den Wunsch hegen, in der Regierung zu bleiben. Man spricht von einem kommenden Premierministert.

Rom, 2. Juni. Die italienischen Post- und Telegraphenbeamten haben mit einem neuen Streik gedroht. In einer Versammlung wurde beschlossen, ein 48stündiges Ultimatum an die Regierung zu richten. Wenn die vom Verband gestellten Forderungen abgelehnt werden sollten, werden die Post- und Telegraphenbeamten abermals zum mindesten in die Straßen eintreten.

Paris, 2. Juni. Wegen die große Pariser Baufirma Dewoist ist auf Anzeige eines entlassenen Angestellten hin Strafuntersuchung wegen Unterschlagung von Kriegsgewinnener in der Höhe von 144 Millionen Franken eingeleitet worden.

Rotterdam, 2. Juni. „Daly Church“ befürwortet jetzt einen Plan, um die Schwierigkeiten mit Irland zu lösen. Danach soll Irland die gleiche Stellung eines freien Reiches gegeben werden, wie die englischen Dominions sie erhalten sollen, die nicht mehr unter der Verwaltung des Kolonialamtes bleiben, sondern denen die Stellung als gleichberechtigte Reichsmitglieder eingeräumt wird. Dadurch würde man auch Irland diejenige selbständige Stellung geben, die das irische Volk begehrt.

Deutschland und die Sowjetregierung.

Stockholm, 2. Juni. Der Wirtschaftskommissar der Sowjetregierung äußerte sich dahin, daß die Offensive gegen Polen vornehmlich bis zum endgültigen Ergebnis weiter geführt würde. Von einem Stillstand der Offensive könne keine Rede sein. Rußland brauche für den Wiederaufbau und seine Zukunft eine direkte Grenze Rußland-Deutschland. Dieses Ziel werde Rußland auch erreichen.

Ruß nicht genug verbungert

Die Entente hat gegen die geplante Erhöhung des Kopfsteuermehrs in Oesterreich Vorstellungen erhoben, da diese

Wahregel von ihrem guten Willen abhängt, sie aber nicht befragt worden sei, ob auch die Weltverorgung mit Brotgetreide eine solche Erhöhung begünstige. (Wenn diese Meldung zutrifft, dann ist dieses Verhalten der Entente bezeichnend für ihre Nächstenliebe. Schriftl.)

Was Streiks kosten.

Rotterdam, 2. Juni. Aus Paris wird gemeldet: Der französische Eisenbahnerstreik hat einen Verlust an Einnahmen in Höhe von 22 Millionen Franken verursacht. Durch den Bergarbeiterstreik sind 800 000 Tonnen Steinkohlen weniger gefördert worden, die jetzt vom Auslande eingeführt werden müssen. Es bedeutet dies für Frankreich einen Schaden von 200 Millionen Franken.

Eine Mahnung des Papstes an die ganze Menschheit.

Der Papst richtete an das Episkopat der ganzen Welt eine Enzyklika über die kirchliche Veröhnung und den Frieden, in der er alle Kinder der Kirche und alle Menschen der Welt auffordert, ihren alten Groll zu vergessen und an dessen Stelle gegenseitige Liebe und Eintracht treten zu lassen. Die Enzyklika legt die Gefahren auseinander, die sich für die Welt aus einem latenten Zustand von Feindseligkeiten ergeben. Heute bedürfe die Menschheit mehr denn je der Ausdehnung der Grenzen aufrichtiger Nächstenliebe, denn die vom Krieg hinterlassenen Wunden seien ungeheuer. Zur Heilung aller Wunden bedürfe es der Hand Jesu und diese Aufgabe verlange die Kirche für sich. Der Papst beschwört das Episkopat, die Gläubigen dringend zu ermahnen, den Groll zu vergessen. (Wir befürchten nur, daß diese begründete Mahnung des Oberhauptes der katholischen Kirche vornehmlich bei den Franzosen größtenteils auf feigen Boden fällt. Schriftl.)

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 1. Juni. Versammlungsmittel. Diesen Eindruck bekommt derjenige, welcher alle die politischen Versammlungen der jüngsten Zeit befolgt. Auch auf die Sozialdemokratie, welche sich mit Recht rühmen darf, ihre Leute mehr wie jede andere Partei in der Hand zu haben, trifft das zu. Die große Wählerversammlung am Montag Abend im „Anker“, in welcher Reichsarbeiterratsminister Schlichte sprach, hatte nicht den erhofften Erfolg aufzuweisen, wie er angesichts der bevorstehenden Wahlen und der Verlor des Reichers erwartet werden konnte. Rechnet man die Anwesenden anderer Parteien ab und berücksichtigt die großen Lücken, so muß gesagt werden, die sozialdemokratische Wählerkraft hat von der Einladung nur in beschränkter Weise Gebrauch gemacht. Versammlungsmitteligkeit macht sich allenthalben geltend.

Mit einstündiger Versammlung (der Redner traf infolge anderweitiger Anwesenheit um 9 Uhr ein) konnte der Vorstehende, Gemeindevater Dietrich, die Versammlung eröffnen und nach einleitenden Worten, in welcher auf die große Bedeutung der bevorstehenden Wahlen hingewiesen wurde, dem Redner das Wort erteilen.

Reichsarbeiterratsminister Schlichte entlegte sich seiner Aufgabe in einem höchst lebhaften Vortrag. Er führte aus, daß der neue Reichstag ein ganz anderes Gesicht haben werde als sein Vorgänger, er werde eine größere Macht in sich vereinen als der alte Reichstag und eine wirkliche gesetzgebende Körperschaft sein. Ein Schwere lautete, nirgends werde so viel gelogen als nach der Jagd, während der Schlacht und vor der Schlacht. Auch diesmal bleibe das nicht aus. Alle möglichen Sünden werden auf die gerade herrschende Partei, die Sozialdemokratie, abgelenkt von solchen Parteien, welche nach der alten Spieltheorie rufen: Halte den Dösel!, um die eigene Schuld zu verdecken. Es sei eine faustdicke Bage, daß an dem ganzen Land die Revolution und die daraus entstehende Regierung schuld seien. Schuld sei der militärische und wirtschaftliche Zusammenbruch. Der von den Rechtsparteien erhobene Vorwurf, daß durch das laue Verhalten der Heimat die Widerstandskraft der Truppen erlahmt sei, und der bekannte „Polstuch von hinten“ seien ebenfalls eine faustdicke Bage der Unabhängigen Vater rühmte sich aber bekanntlich, daß die Front selbstbewußt und selbstmätzig von seiner Partei vertheidigt wurde. (Schriftl.) Schuld trage, wie Redner anführte, die jählenmäßige Hebermacht der Feinde. Wie die deutschen Truppen und der deutsche Truppenverfall am Ende der Widerstandskraft angefallen waren, wurde ebenfalls nachgewiesen und als Straßenzug Dindenburg und Lubendorf und deren Verletzungen angeführt. Die alte Verfassung habe sich überlebt; sie war nicht mehr lebensfähig, daher der blutige, erschütternde unblutige Zusammenbruch, der 30 Throne zum Bergeln brachte. Die prophetische Voraussage des alten Reichsleiters Karl Schurz, der 1882 nach Amerika ging und dort später habe Staatsämter bekleidet, daß noch deutsche Völker noch einmal seine Schicksalsstunde schlage, weil es nicht mitzuregieren habe, sei in Erfüllung gegangen. Redner bezeichnete den Rücktritt des Kaisers und seine Flucht nach Holland als einen Verfassungsverstöß von oben. Die Fäulnis der Verfassung lagen am Boden und eine Regierung von Volksbeauftragten, bestehend aus Mehrheitssozialisten und Unabhängigen, zu welchen später bürgerliche Minister sich gesellen, habe sich unter Kontrolle von Arbeiter- und Soldatenräten der nicht leichten Aufgabe unterzogen, Ordnung in das Chaos zu bringen. Die Vorkänge, wie sie sich seit dem 9. November abwickelten, wurden geschildert, so der Bruch mit den Unabhängigen, welche mit bürgerlichen Ministern nicht an der Regierung teilnehmen wollten, die fortwährende Störung der Ruhe durch Ruffische und der Ausschlag der Wahlen, welche der Sozialdemokratie wohl die meisten Stimm, aber keine Mehrheit brachten, so daß sie genötigt war, eine Koalitionsregierung mit Demokratie und Zentrum zu bilden.

Großes Lob wurde der neuen Verfassung gesollt, die als freie Verfassung der Welt das allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht allen über 20 Jahre alten Deutschen beiderlei Geschlechts brachte, in welcher der oberste Grundsatze gilt, daß alle Staatsgewalt vom Volke ausgehe. Der Behauptung der Unabhängigen und Kommunisten, daß die arbeitende Klasse die Mehrheit des deutschen Volkes habe, wurde mit dem Hinweis entgegengetreten, daß die arbeitende Klasse politisch nicht nach einem Ziel gerichtet sei; sie sei in 4 Lager gespalten: Mehr-

heitssozialisten, Unabhängige, Kommunisten und Kommunistische Arbeiterpartei. Man könne nicht sagen, daß eine dieser Parteien die Mehrheit hinter sich habe. Dabei komme noch in Betracht, daß von den Arbeitern ein Teil christlich-sozial und demokratisch gerichtet ist. Eine Regierung, die nicht das Vertrauen des Volkes und des Reichstages habe, könne nicht regieren; sie müsse zurücktreten.

Dann ging der Redner auf die Finanzpolitik über, ein Gebiet, das trotz seines riesigen Zahlenmaterials bei niemandem besonderes Interesse mehr bezeugt, sofern es sich um das Steuerwesen handelt. Es wurde hervorgehoben, daß nur dem Kriege keine gesunde Finanzwirtschaft getrieben wurde und des weiteren die während und nach dem Krieg geschaffenen verschiedenen Steuern beleuchtet. Während im Rechnungsjahr 1918-19 der Reichshaushalt auf 17 1/2 Milliarden geschätzt wurde, betrug er im Rechnungsjahr 1919-20 rund 28 Milliarden Mark, also 10 Milliarden Mark mehr. Es werde im Deutschen Reich künftig überhaupt keinen Gegenstand mehr geben, der nicht der Besteuerung unterworfen sei. Allein für Zuzuschüsse sind eine Milliarde angelegt; die kirchliche Besteuerung veranlasse einen Kostenpunkt von 3 Milliarden, dabei stelle die Entente für ihre Offiziere und Mannschaften Anforderungen zur Unterbringung, welchen kaum und nur zum Nachteil der einheimischen Bevölkerung entsprochen werden könne.

Von dem trodenen Zahlengebiet der überall unpopulären Steuern kam der Redner auf die Ernährungsfrage zu sprechen, deren Schwierigkeiten eingehend besprochen und dargelegt wurde, daß es unter den gegenwärtigen Umständen ganz unmöglich sei, die Finanzwirtschaft in verhältnismäßig kurzer Zeit auszubehben; die Preise würden in diesem Maße noch mehr in die Höhe gehen. Der Vorwurf, welcher der Regierung in bezug auf das Schieber- und Wucherwesen gemacht werde, müsse zurückgewiesen werden. Sobald die Regierung ein Gesetz zur Bekämpfung dieser Schmarotzer am deutschen Volke mache, erhebe sich ein Sturm der Entrüstung, und die Gerichte gehen her und verhängen lächerlich niedere Strafen, die eher zur Verleumdung anreisen denn abschrecken. Der Tätigkeit der Nationalversammlung wurde hohe Anerkennung gesollt; sie habe Arbeiten geleistet wie noch nie ein Parlament zuvor. Die anzuwendenden Urnachen und Batsche benachteiligten die Lebensmittelverorgung aufs schmerzliche; noch ein oder zwei solcher Batsche wie der Rapp-Batsch oder der Aufrubr im Ruhrgebiet, und wie kommen überhaupt nicht mehr hoch.

Bezüglich des hartumstrittenen Kapitels der Sozialisierung, von welcher sich die Arbeiter so vielversprechende Hoffnungen machten, wurde besonders betont, daß wir uns in einer niedergebenden Wirtschaft befinden; wir bekämen noch angünstigere Verhältnisse mit noch größerer Arbeitslosigkeit. Die Frage der Sozialisierung sei heute mehr denn sonst ernstlich zu prüfen; das Verlangen der Sozialisierung dieser vorer jener Betriebe sei zur Zeit gar nicht durchführbar, eben weil wir uns in einer niedergebenden Wirtschaft befinden. Man stelle sich unter Sozialisierung alles mögliche und unmögliche vor. Sozialisierung habe zur Voraussetzung eine Weiterentwicklung der Wirtschaft, eine Entwicklung der Kräfte; dazu gehöre zunächst Sozialisierung des Gemeinwesens. Der behauptete, daß Gemeinwesen im Volke vorhanden sei, der habe aus den Ereignissen nichts gelernt. Eine Erziehungsmethode zur Pflege des Gemeinwohls müsse ins Auge gefaßt werden; hier müsse zuerst der Dösel angefaßt werden. Sozialisieren gegen den Kleinbürger und Bauernstand sei ein fast unmögliches Unternehmen. Der Bauer werde sofort dazu bereit sein, zu sozialisieren, wenn er lebe, daß er einen Vorteil davon habe. Ein im Niedergang begriffener Betrieb könne nicht sozialisiert werden.

Ueber das Petitionsratsgesetz, das den Erwartungen vieler Arbeiter nicht entspräche, äußerte sich Redner dahin, daß es dem Arbeiter persönlich einen ziemlich weitgehenden Einfluß auf die Betriebe einräume. Wenn sich nicht alle an dieselbe gehaltenen Erwartungen erfüllten, so müsse an die Schwierigkeiten gedacht werden, die im Arbeiterlager herrschen. Der Reichsarbeiterrat werde diejenige Stelle sein, in welcher sich der Arbeiter praktisch weiter bilden könne.

Zum Schluß warnte Redner vor den Gefahren, die durch weitere Batsche der Verfassung von rechts, mehr noch von links drohen; gelänge es, eine nach rechts oder links gerichtete Verfassung zu schaffen, so bedeute das den Bürgerkrieg und damit den gänzlichen Zusammenbruch. Die Arbeiterklasse würde sich in ihrer Gesamtheit eine radikale, rechts gerichtete Verfassung nicht gefallen lassen, gleiches sei von dem Bürger, mehr noch von dem Bauernstand zu sagen, wenn eine Restauration des radikalen Proletariats, der Unabhängigen, der Kommunisten und Spacialisten geschaffen würde. Die Gegenrevolution würde binnen kurzer Zeit einsehen, Bürgerkrieg und unübersehbares Blutvergießen und damit endgültiger Zusammenbruch wäre die unausweichlichen Folgen. Das Volk, das heute vielfach wahlmüde und von einer gewissen Wuthigkeit befallen sei, welche sich dahin ausdrückte, daß viele sagen, es hilft ja doch nichts, die einen sind nicht besser als die andern, schade sich selbst, wenn es von keinem Wahlrecht nicht Gebrauch mache. Mann und Frau müssen reflexlos an die Wahlurne treten. Die Mehrheitssozialdemokratie vertritt nach wie vor den Grundsatze: Alles für das Volk und durch das Volk! Wollte die Arbeiterklasse daran festhalten, wolle sie die Verfassung und Republik schützen, dann dürfe keine andere Wahl, als am 6. Juni den Stimmzettel für die Sozialdemokratie abzugeben.

Eine politische Ansprache erfolgte nicht, worauf der Vorsitzende nach Worten des Dankes für den Redner und den geordneten Verlauf der Versammlung mit dem Hinweis schloß, daß der Kandidat, Friedrich Deinselmann, da heute verhindert, noch Veranlassung nehmen werde, sich den Neuenbürgern Wählern vorzustellen. Die Arbeiterklasse möchte am 6. Juni dafür sorgen, daß ein Wahlresultat zustande komme, welches sich (neem des Vorjahres) ebenbürtig an die Seite stellen könne.

Neuenbürg, 2. Juni. (Eingeliefert.) Auch an dieser Stelle sei unter Hinweis auf den Interzettel auf die heute Abend im „Anker“ stattfindende öffentliche Wählerversammlung der tiefen Dringlichkeit der Wähl. Dringl.

Anzeigenpreis:

die einpolige Zeitungs- oder deren Raum 80 J. bei Anzeigenverteilung durch die Reichsdruckerei 40 J. extra. Welcher-Preis 1.50 bei größeren Aufträgen entsprechend. Redakt. der in Halle des Wählerkreises hinfällig wird.

Schick der Anzeigen Annahme tags zuvor. Fernsprecher Nr. 4. Für teile. Anträge wird keinerlei Gewähr übernommen.



partei aufmerksam gemacht, in welcher Oberpräsident Böttlinger, Feuerbach zu der Böhlerstadt sprechen wird. Neuenbürg, 2. Juni. Wir lesen in der „Rottenburger Zeitung“:

Paul Levi von Dechingen.
Einer der Hauptführer der kommunistischen Partei in Deutschland heißt Paul Levi. Dieser wird in der Schrift „Kommunismus gegen Spartakus“ von den Führern der kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands, Kaufmann und Hoffmann, scharf angegriffen. Sie bezeichnen ihn als das schamloseste Subjekt aller Zeiten und werfen ihm vor, die deutsche Front erdolcht zu haben. Sie schreiben wörtlich:

„Der Mann, der heute schamlos offen seine Beziehungen zu Tschibisch-Uncoln selbst enthüllt, er kann gezwungen werden zu enthüllen, mit welchen englischen Agenten von der Sorte jenes Tschibisch er im Oktober 1918 in Verbindung stand, als er die deutsche Front erdolchte. Und er wird sich vielleicht bereit finden müssen, neugierige Fragen nach der Herkunft der ihm nach eigenem Geständnis durch die Finger gleitenden vielen Millionen anders zu beantworten als auf der Weidener Konferenz, wo seine Antwort in dem Hinauswurf neuerlicher Fragen bestand.“

Das wirft die kommunistische Arbeiterpartei dem Kommunistenführer Levi vor! Es ist also keine bürgerliche Verschleierte! Gerade deshalb ist Paul Levi und seine Partei schwer bloßgestellt. Wer noch einen Funken Heimatliebe hat, gibt den Kommunisten, den Unabhängigen und ihren Verbündeten am 6. Juni keine Stimme.

Birkenfeld, 2. Juni. Ein ehemaliger Kriegsteilnehmer, der 24 Jahre alte Ernst Leischlager, der schwer verblüdet war, hat in geistiger Störung seine Braut Luise Weßinger auf dem Friedhof durch vier Stiche in den Rücken schwer verletzt. Dann hat er sich selbst in die Schläfe und ertränkte sich in der See am Wehr der Birkenfelder Mühle. Der Grund der Tat war lediglich Lebensüberdruß u. Krankheit. Der Bedauernswerte, ein Opfer des Krieges, wurde heute in den Reihen der Kriegsergraben zur Ruhe bestattet. Das Befinden des Wädchens, welches in das Krankenhaus in Neuenbürg verbracht wurde, läßt die Hoffnung auf Wiedererholung zu.

Württemberg.

Stuttgart, 2. Juni. (Kraul- und Klauenende.) Auf Veranlassung des Ministeriums des Innern hat sich der bekannte Veterinär-Pathologe Professor Dr. Ott der Universität Gießen in das württ. Seuchengebiet begeben, um an Ort und Stelle eingehende Untersuchungen über das Wesen der bössartigen Form der Kraul- und Klauenende anzustellen.

Stuttgart, 2. Juni. (Städtische Beibildungen.) Dem Gemeinderat ist eine Beibildungsvorlage zugegangen, die einen Aufwand von 40 Millionen Mark im Jahr erfordert. In der untersten Gruppe sind Beiträge von 10.000—14.000 Mark festgesetzt, in der höchsten Gehaltsklasse (bestehende Gemeinderäte und Direktoren) sollen 31.000—42.000 Mark Jahresgehalt gereicht werden.

Reutlingen, 2. Juni. (Verbandstag des Württ. Fleischerverbandes.) Am Sonntag und Montag fand hier der Verbandstag des württ. Fleischerverbandes statt, zu dem etwa 1400 anwesende Teilnehmer erschienen waren. Am Sonntag vormittag fand die Versammlung der Dauterwertungsverwaltung statt, bei der Dauterwertungs-Stütze berichtete. Bei der Tagung wurde auf die ungeheure Steigerung der Schwarzschaffungen und auf die Verhältnisse der Stuttgarter Fleischerwerkstatt hingewiesen. Nach Berichten von Frankfurt und Gießen-Stuttgart fand eine Entschleunigung Annahme, die den Abbau der Zwangswirtschaft bei Vieh und Fleisch verlangt, vorweg der Schweine, Kühe und Schafe, und die die Befreiung der Dauterwertungs-Berordnung fordert.

Sigmaringen, 2. Juni. (Schlechter Geschäftsgang.) Nachdem die Schuhindustrie schon längere Zeit unter schlechten Geschäftsgängen zu leiden hatte, macht sich der Konjunkturmangel nun allmählich auch in der Uhrenindustrie geltend. Neuerliche Forderungen der Arbeiter nach Erhöhung des Lohntarifs wurden von den Unternehmern mit dem Hinweis auf die Krise abgelehnt. Es müsse jetzt schon auf Lager gearbeitet werden. Die Arbeiter dürften froh sein, wenn keine Entlassungen eintreten. Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind eingeleitet.

Ulm, 2. Juni. (2% Rabatt auf Schuhwaren.) Die Ulmer Schuhwarenhandler haben beschlossen, bis zum 19. Juni einen Rabatt von 2 Prozent auf die Schuhwaren einzutreten zu lassen. Sie wollen damit erreichen, daß die Bevölkerung wieder Schuhe kaufen kann, damit der drohenden Krise und der Arbeiterentlassung vorgebeugt wird.

Gebührenerhöhung für die Schließfächer.

Eine der ungeschicktesten Maßnahmen in der Postgebührenerhöhung ist die mit dem 1. Mai in Kraft getretene Verteuerung der Abholfähiger oder Schließfächer um 100 Prozent, weil gerade die Abholfähiger den Postverkehr ganz besonders entlasten. Da die ganze Verteuerungspolitik Hand in Hand gehen sollte mit Erparungen und Personalbesparungen und die Schließfächer doch nichts anderes bedeuten, als eine Erparung an Briefboten, so versteht man ein solches Vorgehen der Postverwaltung nicht. Zahlreiche Firmen haben nun auf das teure Schließfach verzichtet, wie sie auch ihre Stadtbriefe durch eigene Boten besorgen lassen.

Baden.

Stellingen, 2. Juni. Das von der Ortskrankenkasse Heilbronn in Krausalb eingerichtete Erholungsheim ist eröffnet worden. Die Stadtverwaltung Heilbronn spendete 1000 RM zur Anschaffung einer Bäckerei.

Ottensheim a. Rhern, 2. Juni. Das Schotterwerk im Steinbruch am Bahnhof Hirschenbach ist vollständig niedergebrannt. Da in dem Werk wertvolle neue Maschinen aufgestellt waren, beträgt der Schaden mehrere 100.000 Mark und es nur zum geringsten Teil durch Versicherung gedeckt.

Bermischtes.

Sigmaringen, 2. Juni. Der Hauptvorstand der Döbener Bauernvereinsorganisation hat einstimmig folgende Entschleunigung gefaßt: „Der Hauptvorstand des Döbener Bauernvereins verlangt dringend den raschen und planmäßigen Abbau der Zwangswirtschaft, da nur dadurch die Arbeitsfreudigkeit der Produzenten gefördert wird. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft der Fleischverarbeitung muß sofort erfolgen, da diese vollkommen verlagert hat.“

Wien, 31. Mai. Die Generalversammlung der Vereinigung österreichischer Tageszeitungen nahm einstimmig eine Entschleunigung an, in der es heißt: Die gesamte österreichische Presse ist außerstande, mehr als 5 Kronen für 1 Kilogramm Zeitungspapier für eigene Rechnung zu zahlen. Es muß der Regierung überlassen bleiben, mit den Papierfabriken die Verhandlungen so zu führen, daß die Zeitungen nicht eine weitere Belastung erfahren, die zum endgültigen Zusammenbruch der gesamten österreichischen Zeitungswirtschaft führen würde.

Zustuf der Sparzulagen. Das vorläufige Ergebnis der Sparzulagen für April 1920 läßt, wie die „Spartakos“ mitteilt, erkennen, daß plötzlich wieder Geldverlust zu den Sparzulagen eingetreten ist. In allen Teilen Deutschlands läßt sich die gleiche Beobachtung machen. Das hängt mit den gleichen Verhältnissen wie im Kriege zusammen: Handel und Gewerbe beginnen nach-

zulassen, Vorräte werden ausverkauft, Kapitalien liegen brach. Den Sparkassen wird dringend Bescheid geboten, da die Verhältnisse sich plötzlich ändern können.

Zur Steuerabzugsfähigkeit des Hypothekenschuldners. Zur Vermeidung der Doppelbesteuerung sind von der Vorchrift, die 10 Prozent betragende Kapitalertragssteuer an das Finanzamt zu entrichten, die Schuldner befreit, wenn folgende inländische Unternehmungen oder Institute Gläubiger sind: Hypothekendarlehen, öffentlich rechtliche Kreditanstalten, Sparkassen, Lebensversicherungen, Banken oder Bankfirmen. In allen diesen Fällen hat das Reichsfinanzministerium eingewilligt, daß die Hypothekenschuldner, die von der Steuer befreiten Zinsbeträge ohne Abzug an die Gläubiger zahlen. Der Schuldner eines ausländischen Hypothekendarlehens ist auf Fälle verpflichtet, die 10 Prozent Steuer an der Zinsschuldigkeit abzuziehen und dem Finanzamt zu bezahlen.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 2. Juni. Wie schon berichtet, kam es kürzlich in einer Wählerversammlung der Mehrheitssozialisten, bei der auch Staatspräsident Mos sprach, zu ungeheuren Standalagen. Eine andere mehrheitssozialistische Versammlung in Heilbronn wurde durch Kapitalkräfte unter großem Spottelal beendigt. Dagegen wendet sich nun eine Entschleunigung der Vertrauensmänner des sozialdemokratischen Vereins Groß-Stuttgart, die u. a. sagt: Die Soz. Partei hat von jeder gefürchteten Versammlungsfreiheit und politische Meinungsäußerung. Diesen, dem elementarsten politischen Anstandsgefühl entsprechenden Standpunkt hat die U. Z. B. und die K. R. D. verlassen und sich auf den Boden des niedrigen politischen Klotzschlammes gestellt. Die Vertrauensleute der S. P. Stuttgart sprechen den Kapitalkräften über ihr Verhalten die tiefste Verachtung aus, sie erwarten, daß künftig in öffentlichen Versammlungen sich derartige Szenen nicht mehr wiederholen, zumal solches Verhalten nur noch beiträgt, die gesamte Arbeiterschaft in der Öffentlichkeit herabzusetzen.

Bern, 2. Juni. Der sozialistische Führer Blatten traf am Dienstag nachmittag von Friedrichshafen kommend in Romanshorn ein. Da gegen ihn vom Generalstabschef her noch ein Militärgerichtsurteil auf sechs Monate Gefängnis vorliegt, wurde er bei seiner Ankunft von der Grenzpolizei verhaftet.

Amsterdam, 2. Juni. Dem Londoner Star zufolge erklärte Krassin bei seiner Unterredung mit Lloyd George, daß die Getreidebestände in Rußland nicht übermäßig hoch seien, daß Rußland aber eine große Menge Torf, Glads, Säate und verschiedene andere Rohstoffe liefern könne. Lloyd George sprach Krassin gegenüber seine Bereitwilligkeit aus, Rußland aus seinen gegenwärtigen Schwierigkeiten herauszubringen.

Amsterdam, 2. Juni. Der Korrespondent der Times meldet aus Sofia, daß die bulgarische Regierung der Entente eine Note gefaßt habe, in der gegen die Befehung von Welttruppen durch griechische Truppen protestiert wird.

Rotterdam, 2. Juni. Einer Londoner Meldung zufolge hat die jüdische Organisation beschlossen, 25 Millionen Pfd. Sterling aufzunehmen, um die organisatorische Arbeit in Palästina in Angriff nehmen zu können.

London, 2. Juni. 30 bewaffnete Leute überrannten die militärische Wache des Grundbuchamtes in Dublin und führten in Automobilen ein Maschinengewehr, 10 Gewehre und alle Ausstattungsgegenstände der Wache fort.

Koppenhagen, 2. Juni. Einem Telegramm aus Warschau zufolge wird von der bolschewistischen Front gemeldet: Die Niederlage, die die Bolschewisten in Weichseln erlitten, brachte die Frontlinie zum Stehen. An der Peripherie hat der Feind eine sehr große Niederlage erlitten. Er beschlagnahmt sich, daß die Bolschewisten die Friedensverhandlungen mit Lettland zum Anlaß nahmen, um an der letzten Front östlich von Dünaburg einen vergeblichen Ueberrundungsversuch zu machen, bei dem sie große Verluste erlitten.

Atten, 2. Juni. Benizelos hat in der Kammer um die Ermächtigung ersucht, die Kriegsgesetze sofort wieder in Kraft setzen zu lassen.

Lieferungsverträge über Kartoffeln.

Der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrats Dr. Freiherr von Schorlemer-Neser hat an die Landwirte Deutschlands für den sofortigen Abschluß von Lieferungsverträgen über Kartoffeln folgenden Aufruf erlassen: Der erste Grundstein aus dem Gebäude der öffentlichen Bewirtschaftung ist gefallen. Die Kartoffel, dasjenige Erzeugnis, dessen Zwangsverwirtschaftung die Landwirte mit am meisten bedrückt hat, wird von jeder weiteren Bewirtschaftung frei, wenn die deutsche Landwirtschaft bis zum 1. August 6 Millionen Tonnen Speisekartoffeln auf dem Wege des Lieferungsvertrages sicherstellt. Dies wird und muß gelingen. Für den Abschluß der Lieferungsverträge, die nur von Landwirtschafts- und Dankegesellschaften und deren Bevollmächtigten abgeschlossen werden dürfen, die die Audaufgabe der einzelnen Betriebsgrößen maßgebend, ohne daß dadurch eine Vereinbarung über größere Liefermengen ausgeschlossen wird. Betriebe von 2 bis 3 Hektar liefern 2,5, solche von 3—5 Hektar 3, Betriebe von 5 bis 10 Hektar 10, solche von 10—15 Hektar 15 und Betriebe von über 15 Hektar 20 Zentner vom Morgen ihrer Kartoffelanbaufläche. Ueber den Rest der Ernte steht dem Erzeuger die freie Verfügung zu. Für jeden auf den Lieferungsvertrag geschlossenen Zentner Kartoffeln kommt zu dem bereits festgesetzten Mindestpreis von 25 Mark ein Aufschlag von 5 Mark dazu. Das gesamte für die Landwirtschaft wie für die Verbraucher gleich günstige Ergebnis ist den Bemühungen des Städtetags, der Genossenschaftsverbände und des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft zu verdanken. Nur dann, wenn die Landwirtschaft nicht versagt, ist auch der Abbau der Zwangswirtschaft bei den übrigen Erzeugnissen auf gleichem oder ähnlichem Wege zu erreichen.

Kerze und Krankenlofen.

Berlin, 2. Juni. Die Einigungsverhandlungen zwischen den Kerzen- und Krankenlofen im Reichsarbeitsministerium haben in der Frage des Kratzlofens zu einer Verständigung geführt, die eine wesentliche Annäherung an die Durchführung der freien Arztwahl bedeutet. Ueber die Frage der ärztlichen Vergütung wurde mangels einer Einigung der Parteien ein Schiedspruch der Unparteiischen gefaßt. Dieser sieht bei Bezahlung der einzelnen Leistungen eine Verdoppelung der bisherigen Sätze vor, die auch der Bemessung der Bezahlungsgütung zugrunde gelegt werden sollte. Ueber die Annahme des Schiedspruchs haben sich die Parteien bis 15. Juni 1920 zu erklären.

Den deutschen Helden der Stageraschlacht.

Stagen, 2. Juni. Anläßlich des Jahrestages der Schlacht bei Stagerat fand heute bei den Kriegsgräbern auf dem Stagerat Friedhof eine feierliche Gedenkfeier statt, zu der 400 Mann der deutschen Winzenzschützen erschienen waren. Ein deutscher Offizier und ein Matrose gedachte der Gefallenen, worauf an den Gräbern Kränze niedergelegt wurden. Die Feierlichkeit schloß mit Predigt und Gebet seitens der dänischen Geistlichen in Stagen.

Neue Bestellungen

auf den täglich erscheinenden „Enztaler“ werden fort während von allen Postanstalten und unseren Austrägern entgegengenommen.

Gemeinde Waldrennach.

Stammholz- und Stangen-Berkauf.

Die Gemeinde verkauft aus ihren Gemeindeforsten im Submissionswege und zwar:

- Laugholz:**
14 St. I. Kl. 43,02 Fm., 61 St. II. Kl. 101,99 Fm., 173 St. III. Kl. 149,73 Fm.,
176 St. IV. Kl. 87,08 Fm., 42 St. V. Kl. 14,87 Fm., 55 St. VI. Kl. 8,62 Fm.,
5 St. Sägholz I. Kl. 8,20 Fm., 6 St. Sägholz II. Kl. 5,28 Fm.,
6 St. III. Kl. 1,86 Fm.,
1 Eiche III. Kl. 1,13 Fm.

- Stangen:**
Hauftangen Ib. 10 St., II. Kl. 45 St., III. Kl. 35 St.,
Stangen III. Kl. 19 St.,
Hauptstangen II. Kl. 80 St., III. Kl. 70 St., IV. Kl. 30 St.,
V. Kl. 170 St.,
Nebsteden I. Kl. 845 St., II. Kl. 565 St., Bohrnst. 370 St.

Die schriftlichen Offerten, in Prozenten ausgedrückt, müssen bis Samstag, den 5. Juni ds. Js., nachmittags 5 Uhr, mit der Aufschrift „Angebot auf Laugholz am Stangen“ auf dem Rathaus eingereicht sein, wofür bis 1/6 Uhr die Eröffnung der Offerten stattfindet, wobei die Bieter anzuwesend sein können. Auszug: usw. wollen bei Hofwart Wagner hier bestellt werden, welcher auch sonstige Auskünfte erteilt.
Den 31. Mai 1920.

Schultheißenamt:
J. A. Schel.

Langenbrand—Oberlengenhardt.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Sonntag, den 6. Juni 1920

stattfindenden

Hochzeitsfeier

in das Gasthaus „Löwen“ in Langenbrand freundlichst einzuladen, mit der Bitte, dies als persönliche Einladung entgegenzunehmen zu wollen.

Wilhelm Reppler, Säreiner,
Sohn des Jaf. Reppler, Landwirts in Langenbrand.

Christine Stahl,
Tochter des Johannes Stahl, Holzhauerodmanns in Oberlengenhardt.

Rückgang 1/12 Uhr in Langenbrand.

Calmbach—Ludwigshafen a. Rh.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am 6. Juni schon am

Sonntag, den 5. Juni 1920

stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zum „Bahnhof“ in Calmbach freundlichst einzuladen. Gleichzeitig geben wir bekannt, daß wir eine kleine Nachfeier am Sonntag, den 6. Juni von 3 Uhr ab veranstalten, wozu alle eingeladen sind.

Gottlieb Weiffer,
Sohn des Gottfried Weiffer, Feilers in Calmbach.

Emma Weffer,
Monteurswitwe, geb. Baumgärtner, Tochter des † Speditors u. Wirts J. Baumgärtner in Ludwigshafen.

Rückgang um 12 Uhr.

Wählt deutsch demokratisch

denn: Wahlfieg der Rechten bringt Bürgerkrieg!
Linksradikaler Sieg bringt Bürgerkrieg!

Die Demokratie führt zu sicherem Aufstieg u. mehrt die Einheit des Vaterlandes!

St.	10,10	10,25	10,35	10,45	10,55	11,05	11,15	11,25	11,35
Hoch	7,10	7,20	7,30	7,40	7,50	7,60	7,70	7,80	7,90
ab	8,10	8,20	8,30	8,40	8,50	8,60	8,70	8,80	8,90
ab	9,10	9,20	9,30	9,40	9,50	10,00	10,10	10,20	10,30
ab	11,10	11,20	11,30	11,40	11,50	12,00	12,10	12,20	12,30
ab	13,10	13,20	13,30	13,40	13,50	14,00	14,10	14,20	14,30
ab	15,10	15,20	15,30	15,40	15,50	16,00	16,10	16,20	16,30
ab	17,10	17,20	17,30	17,40	17,50	18,00	18,10	18,20	18,30
ab	19,10	19,20	19,30	19,40	19,50	20,00	20,10	20,20	20,30
ab	21,10	21,20	21,30	21,40	21,50	22,00	22,10	22,20	22,30
ab	23,10	23,20	23,30	23,40	23,50	24,00	24,10	24,20	24,30
ab	25,10	25,20	25,30	25,40	25,50	26,00	26,10	26,20	26,30
ab	27,10	27,20	27,30	27,40	27,50	28,00	28,10	28,20	28,30
ab	29,10	29,20	29,30	29,40	29,50	30,00	30,10	30,20	30,30
ab	31,10	31,20	31,30	31,40	31,50	32,00	32,10	32,20	32,30
ab	33,10	33,20	33,30	33,40	33,50	34,00	34,10	34,20	34,30
ab	35,10	35,20	35,30	35,40	35,50	36,00	36,10	36,20	36,30
ab	37,10	37,20	37,30	37,40	37,50	38,00	38,10	38,20	38,30
ab	39,10	39,20	39,30	39,40	39,50	40,00	40,10	40,20	40,30
ab	41,10	41,20	41,30	41,40	41,50	42,00	42,10	42,20	42,30
ab	43,10	43,20	43,30	43,40	43,50	44,00	44,10	44,20	44,30
ab	45,10	45,20	45,30	45,40	45,50	46,00	46,10	46,20	46,30
ab	47,10	47,20	47,30	47,40	47,50	48,00	48,10	48,20	48,30
ab	49,10	49,20	49,30	49,40	49,50	50,00	50,10	50,20	50,30
ab	51,10	51,20	51,30	51,40	51,50	52,00	52,10	52,20	52,30
ab	53,10	53,20	53,30	53,40	53,50	54,00	54,10	54,20	54,30
ab	55,10	55,20	55,30	55,40	55,50	56,00	56,10	56,20	56,30
ab	57,10	57,20	57,30	57,40	57,50	58,00	58,10	58,20	58,30
ab	59,10	59,20	59,30	59,40	59,50	60,00	60,10	60,20	60,30
ab	61,10	61,20	61,30	61,40	61,50	62,00	62,10	62,20	62,30
ab	63,10	63,20	63,30	63,40	63,50	64,00	64,10	64,20	64,30
ab	65,10	65,20	65,30	65,40	65,50	66,00	66,10	66,20	66,30
ab	67,10	67,20	67,30	67,40	67,50	68,00	68,10	68,20	68,30
ab	69,10	69,20	69,30	69,40	69,50	70,00	70,10	70,20	70,30
ab	71,10	71,20	71,30	71,40	71,50	72,00	72,10	72,20	72,30
ab	73,10	73,20	73,30	73,40	73,50	74,00	74,10	74,20	74,30
ab	75,10	75,20	75,30	75,40	75,50	76,00	76,10	76,20	76,30
ab	77,10	77,20	77,30	77,40	77,50	78,00	78,10	78,20	78,30
ab	79,10	79,20	79,30	79,40	79,50	80,00	80,10	80,20	80,30
ab	81,10	81,20	81,30	81,40	81,50	82,00	82,10	82,20	82,30
ab	83,10	83,20	83,30	83,40	83,50	84,00	84,10	84,20	84,30
ab	85,10	85,20	85,30	85,40	85,50	86,00	86,10	86,20	86,30
ab	87,10	87,20	87,30	87,40	87,50	88,00	88,10	88,20	88,30
ab	89,10	89,20	89,30	89,40	89,50	90,00	90,10	90,20	90,30
ab	91,10	91,20	91,30	91,40	91,50	92,00	92,10	92,20	92,30
ab	93,10	93,20	93,30	93,40	93,50	94,00	94,10	94,20	94,30
ab	95,10	95,20	95,30	95,40	95,50	96,00	96,10	96,20	96,30
ab	97,10	97,20	97,30	97,40	97,50	98,00	98,10	98,20	98,30
ab	99,10	99,20	99,30	99,40	99,50	100,00	100,10	100,20	100,30

Württ. Bürgerpartei. Wähler und Wählerinnen!

Am Donnerstag, den 3. Juni, abends 8 Uhr findet im
Zukersaal eine
öffentliche Versammlung
statt.

Redner: Herr Oberpräzeptor Baitinger-Feuerbad.
Hiezu werden alle Wähler und Wählerinnen freundlich
eingeladen.

Ortsverein Neuenbürg.

Deutsche Volkspartei (Nationalliberale Partei).

Am Freitag, den 4. Juni, abends 8 Uhr,
findet in dem großen Saal des Gasthauses zur „Sonne“ eine

öffentliche Wähler-Versammlung

statt, in der der württembergische Landtags-Kandidat,
Herr Gewerbelehrer **Aldinger aus Calw**,
sprechen wird.

Jedermann, besonders aber die handwerk- und gewerbetreibende
Bevölkerung Neuenbürgs und der Umgegend ist hierzu freundlichst
eingeladen.

Für Wildbad

findet am Freitag ebenfalls eine Versammlung nachmittags 5 Uhr
statt. Lokal wird noch bekanntgegeben.

Die
Sozialdemokraten aller Richtungen
haben nur ein Ziel: Vernichtung des
Bürgerturns! Die Zwangswirtschaft soll den
Bauernstand enteignen und das Volk unzufrieden
machen!

**Wehrt Euch! Wählt
Bauernbund!**

Holz-Versteigerung.
Am Donnerstag, den 10. Juni ds. Jz.
versteigert die Gemeinde Zittersbach circa
1500 Fm. Nadelstammholz I.-VI. Klasse,
8 Fm. Fichtenstammholz
8 Fm. Eichenstammholz I.
10 Fm. Buchenstammholz

Auf Wunsch kann das Holz von Waldbüter Kern ge-
zeigt werden. Zusammenkunft beim Rathaus in Zittersbach
vormittags 9 Uhr.

Zittersbach, den 30. Mai 1920.
Der Gemeinderat:
Kern. Huber, Ratschr.

Einige Cimer 1919er
**Mundelsheimer
Rotwein**
zu verkaufen.

Hermann Kösch & „Schügen“
Bietighcim. Telefon Nr. 75.

Vollgatterläger.
Tüchtiger Vollgatterläger
kann bei dauernder Beschäfti-
gung sofort eintreten.
Ferner ein Arbeiter, der
im Sortieren von Brettern be-
wandert ist.

Kugult Feiler, Pforzheim,
Tompfägewerk, Tel. 2864,
beim Durlacher Uebergang.

Ein halbrüchtiger, jüngere
**Rug- und
Fahrtub**
oder eine trüchtige, schöne
Kalbin
sucht zu kaufen.
Näheres in der Engländer-
geschäftsstelle.

Schwann.
Ein Paar schöne
**Läufer-
Schweine**
hat zu verkaufen
Dito Gauk, Bäder.

Dennach.
Einen schönen jungen
Hund
hat zu verkaufen
Gottlob Hüter,
Schuhmacher.

Gummiwaren
Butterpfriegen, Frauentropf-,
sanitäre Frauenartikel.
Anfragen erbet. Versandl. Gen-
inger, Breiden 3, 12, Am See 17.

Arbeiter, Beamte, Handwerker und Kleinbauern!

Gibt am Wahltag eure Stimme nur einer Partei, von der ihr Gewißheit habt, daß
sie eure Interessen am besten vertritt; das ist einzig und allein die alte

Sozialdemokratische Partei.

Gibt keine Stimme den reaktionären Parteien, welche den Wiederaufbau Deutschlands
nur auf Kosten der arbeitenden Massen, durch Verlängerung der Arbeitszeit und Ver-
schlebung der Löhne vollziehen wollen.

Gibt auch keine Stimme der linksradikalen U.S.P. und R.P.D., welche auch mit
überschwänglichem Phrasengerede von Weltrevolution und proletarischer Diktatur ver-
nach dem Muster von Sowjet-Rußland, Ungarn und Belgien im Bogland.
Der Sozialdemokratische Stimmzettel beginnt:

für den Landtag: **Heinzelmann, Friedrich, Neuenbürg.**
" " Reichstag: **Keil, Wilhelm, Ludwigsburg.**

Das Sozialdemokratische Wahlkomitee des Bezirks Neuenbürg.

Oberamtsstadt Neuenbürg. Butter-Verkauf.

Am Freitag, den 4. Juni
7 Uhr vorm. an Nr. 292—380,
1/8 U. vorm. an Nr. 381—470,
8 Uhr vorm. an Nr. 471—560,
1/9 Uhr vorm. an Nr. 561 bis
etwa Nr. 670.

Eier-Verkauf.

9 Uhr vorm. an Nr. 288—140,
1/10 Uhr vorm. an Nr. 139—1,
10 Uhr vorm. an Nr. 748—600,
1/11 U. vor. an Nr. 599—450,
11 Uhr vorm. an Nr. 449 bis
etwa Nr. 360. Anschließend
Krankenfleier.

Am gleichen Tage nachm.
von 2—4 Uhr werden an
Ehrlich's Keller

Kartoffeln

abgegeben.
Stadt. Lebensmittelstelle.

Turnergesangverein Neuenbürg.

Morgen Freitag, präzis
1/9 Uhr

Singstunde.

Der Vorstand.
Gesucht für sofort ein tüch-
tiges, sauberes

Zimmermädchen,

welches schon ähnliche Stelle
begleitet hat. Guter Ver-
dienst und gute Behandlung
zusicherung.

Wahlhof z. „Hirsch“,
Bad Liebenzell

Tüchtiges, zuverlässiges

Mädchen

in kleinen Haushalt sofort
gesucht. Reichliche Verpflegung
und hoher Lohn.
Angebote an
Frau A. Schenk,
Pforzheim, Marktplatz.

Mädchen-Gesuch!

Ein tüchtiges, fleißig. Mäd-
chen für Küche und Haus-
haltung wird auf sofort oder
später gesucht. Näheres bei
Frau H. Hof, Pforzheim,
Weiberstr. 8, 2d.

Gesucht für sofort oder
später brav, fleißiges

Mädchen

in ein Geschäftsbüro. Gute
Behandlung. Lohn nach Ver-
einbarung.
Karlstraße, Kronenr. 60 I.
Mehrgerei.

Achtung Mühlenbesitzer!

Tüchtiger Mäher und Mäh-
lenbauer empfiehlt sich zur
Reparatur und Neumontagen
sämtlicher Mähermaschinen
gegen Stundenlohn.
Zu erfragen durch die Eng-
ländergeschäftsstelle.

Zur Landtagswahl.

Schon lange war es der Wunsch der werktätigen Be-
völkerung des Bezirks Neuenbürg, daß auch einmal ein
Mann aus ihrer Mitte, welcher das Wohl und Wehe der
Arbeiter, Angestellten, Handwerker und Kleinbauern kennt
und mit ihnen aufgewachsen ist, als Kandidat zum Landtag
aufgestellt wird. Diesem Wunsch hat dieses Mal die Sozial-
demokratische Partei des Bezirks vollauf Rechnung getragen
und in der Person des in allen Kreisen bekannten und ge-
achteten Herrn **Friedrich Heinzelmann**, langjährigen
Gemeinderat in Neuenbürg, den richtigen Mann gefunden.
Da es demselben infolge der kurzen Spanne Zeit nicht
möglich ist, sich überall den Wählern vorzustellen, so sei hier
beglückwünscht noch folgendes angeführt: Derselbe ist
am 7. Februar 1880 als Senseschmieds-Sohn geboren.
erlernte nach dem Besuch der Volks- und Realschule bei
Buchdrucker-Handwerk in Pforzheim, diente aktiv von 1900
bis 1902 in Karlsruhe, wo er auch längere Jahre als
Buchdrucker in Stellung war. Dem schon seit seiner Ju-
heiratung betriebenen Papier- und Schreibwaren-Ge-
schäft gliederte er im Jahre 1919 eine Buchdruckerei an, nachdem
er selbst bis zum Jahr 1914 im Verlag des Pforzheimer
Anzeigers als Buchdrucker tätig war. Vom 3. Novem-
ber 1918 bis zum 1. März 1919 war er als Wehrmann einberufen,
da ihn noch kurz vor Kriegsende Krankheit in räumliche
Gefangenschaft brachte. Erst im April 1919 kam er — noch
krank — als Austauschgefangener in die Heimat zurück. Ein-
rühriges Eintreten für jedermann ist allseitig bekannt und
kann somit jedem Wähler und jeder Wählerin aufs wärmste
empfohlen werden. Herr Heinzelmann gehört schon seit 1898
dem Deutschen Buchdrucker-Verband, seit 1904 der Sozial-
demokratischen Partei an.

Unabh. Soz. Partei Neuenbürg.

Am Freitag, den 4. Juni, abends 8 Uhr,
im Gasthof zum „Bären“

öffentliche Wähler-Versammlung.

Thema: Die wirtschaftliche u. politische Lage
und die bevorstehenden Wahlen.

Referent: Redakteur Schwab aus Stuttgart.

Zu dieser Versammlung ist jedermann, insbesondere
auch die Frauen, freundlichst eingeladen.

Bereinigung der Kriegsteilnehmer Herrenath

und
Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Kriegs-
teilnehmer, Ortsgruppe Herrenath.

Sonntag, 5. Juni ds. Jz., abends 1/9 Uhr
im Bahnhof-Restaurant hier

Große Versammlung

mit folgender Tagesordnung:
Warum können wir Kriegsteilnehmer nicht „Rechts-
wählen“?

Verschiedene Redner. Freie Aussprache

Kriegsteilnehmer erscheint in Massen, bringt insbesondere
eure Frauen und Angehörige mit und zeigt euer Interesse
durch die Tat! Keiner säume, jeder erscheine!

Mit kameradschaftlichem Gruß
der Ausschuss beider Vereinigungen

Neuenbürg.

Fuhren aller Art, sowie Umzüge

hier und auswärts übernimmt

Güterbeförderer Zeller,
Telefon Nr. 41.

Neuenbürg
Berliner 3. 2
Herbststruppen
Chef der Sicher-
er dem Minister
er es heißt: Die
Boll eingeschleu-
verfügt wird die
Die Sicherheits-
in den kommen
der Regierung
Berlin, 2. 2
aufgebrochenen
Zustand über den
sicherlich zu be-
gekommen sein,
aufzunehmen, a-
Jone Schleswig-
leute in den Ge-
größer Bekann-
es Komats vor-
— Aus Oberd-
nisher Banden
und Admiration
den Augen der
Kön gehaltenen
Aufficht inholisch
begegn eine ge-
gründen. — Da
vorn geründete
an den 20. 11.
Belagererin des
Ebenbürg.
das zur Luftsch-
hat zuhalten
burg Protest ein-
Jardziehung d-
son. Dieser Jov-
werden.

In Darmst-
sonst der Deut-
schen Volkspartei
ständlicher Weis-
große Wasserme-
a. H. wurde a-
die Deutsch-Stat-
sammlung abgel-
6 Neuüberhöf-
überweise keine
— In Württem-
deutsch-nationale
gebliche Radikal-
stern die Redn-
ant. — In eine
in Augsburg ab-
in großer Zahl
Es kam schließlich
es viele Verleug-

Berlin, 3. 2
herbststruppen
Chef der Sicher-
er dem Minister
er es heißt: Die
Boll eingeschleu-
verfügt wird die
Die Sicherheits-
in den kommen
der Regierung
Berlin, 2. 2
aufgebrochenen
Zustand über den
sicherlich zu be-
gekommen sein,
aufzunehmen, a-
Jone Schleswig-
leute in den Ge-
größer Bekann-
es Komats vor-
— Aus Oberd-
nisher Banden
und Admiration
den Augen der
Kön gehaltenen
Aufficht inholisch
begegn eine ge-
gründen. — Da
vorn geründete
an den 20. 11.
Belagererin des
Ebenbürg.
das zur Luftsch-
hat zuhalten
burg Protest ein-
Jardziehung d-
son. Dieser Jov-
werden.

In Darmst-
sonst der Deut-
schen Volkspartei
ständlicher Weis-
große Wasserme-
a. H. wurde a-
die Deutsch-Stat-
sammlung abgel-
6 Neuüberhöf-
überweise keine
— In Württem-
deutsch-nationale
gebliche Radikal-
stern die Redn-
ant. — In eine
in Augsburg ab-
in großer Zahl
Es kam schließlich
es viele Verleug-

Berlin, 3. 2
herbststruppen
Chef der Sicher-
er dem Minister
er es heißt: Die
Boll eingeschleu-
verfügt wird die
Die Sicherheits-
in den kommen
der Regierung
Berlin, 2. 2
aufgebrochenen
Zustand über den
sicherlich zu be-
gekommen sein,
aufzunehmen, a-
Jone Schleswig-
leute in den Ge-
größer Bekann-
es Komats vor-
— Aus Oberd-
nisher Banden
und Admiration
den Augen der
Kön gehaltenen
Aufficht inholisch
begegn eine ge-
gründen. — Da
vorn geründete
an den 20. 11.
Belagererin des
Ebenbürg.
das zur Luftsch-
hat zuhalten
burg Protest ein-
Jardziehung d-
son. Dieser Jov-
werden.

In Darmst-
sonst der Deut-
schen Volkspartei
ständlicher Weis-
große Wasserme-
a. H. wurde a-
die Deutsch-Stat-
sammlung abgel-
6 Neuüberhöf-
überweise keine
— In Württem-
deutsch-nationale
gebliche Radikal-
stern die Redn-
ant. — In eine
in Augsburg ab-
in großer Zahl
Es kam schließlich
es viele Verleug-

Berlin, 3. 2
herbststruppen
Chef der Sicher-
er dem Minister
er es heißt: Die
Boll eingeschleu-
verfügt wird die
Die Sicherheits-
in den kommen
der Regierung
Berlin, 2. 2
aufgebrochenen
Zustand über den
sicherlich zu be-
gekommen sein,
aufzunehmen, a-
Jone Schleswig-
leute in den Ge-
größer Bekann-
es Komats vor-
— Aus Oberd-
nisher Banden
und Admiration
den Augen der
Kön gehaltenen
Aufficht inholisch
begegn eine ge-
gründen. — Da
vorn geründete
an den 20. 11.
Belagererin des
Ebenbürg.
das zur Luftsch-
hat zuhalten
burg Protest ein-
Jardziehung d-
son. Dieser Jov-
werden.

In Darmst-
sonst der Deut-
schen Volkspartei
ständlicher Weis-
große Wasserme-
a. H. wurde a-
die Deutsch-Stat-
sammlung abgel-
6 Neuüberhöf-
überweise keine
— In Württem-
deutsch-nationale
gebliche Radikal-
stern die Redn-
ant. — In eine
in Augsburg ab-
in großer Zahl
Es kam schließlich
es viele Verleug-

Berlin, 3. 2
herbststruppen
Chef der Sicher-
er dem Minister
er es heißt: Die
Boll eingeschleu-
verfügt wird die
Die Sicherheits-
in den kommen
der Regierung
Berlin, 2. 2
aufgebrochenen
Zustand über den
sicherlich zu be-
gekommen sein,
aufzunehmen, a-
Jone Schleswig-
leute in den Ge-
größer Bekann-
es Komats vor-
— Aus Oberd-
nisher Banden
und Admiration
den Augen der
Kön gehaltenen
Aufficht inholisch
begegn eine ge-
gründen. — Da
vorn geründete
an den 20. 11.
Belagererin des
Ebenbürg.
das zur Luftsch-
hat zuhalten
burg Protest ein-
Jardziehung d-
son. Dieser Jov-
werden.

In Darmst-
sonst der Deut-
schen Volkspartei
ständlicher Weis-
große Wasserme-
a. H. wurde a-
die Deutsch-Stat-
sammlung abgel-
6 Neuüberhöf-
überweise keine
— In Württem-
deutsch-nationale
gebliche Radikal-
stern die Redn-
ant. — In eine
in Augsburg ab-
in großer Zahl
Es kam schließlich
es viele Verleug-